

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Mittwoch

2
April

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 20. Zwei-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Elmen), Marktstraße 9 und Elzville (H. Fabian Wilmers, Ecke Gutenberg- und Tonnentstraße).
Verantwortlich: Für P. und Feuilleton: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Gucke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Elmen. Oestrich: für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.20 Mk., für den Monat 1.40 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.47 Mk., monatlich 1.49 Mk. mit Beleggeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 25 Pfg. für die kleine Zeile, für ausw. Anzeigen 30 Pfg., Reklameweile 1.50 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachsch. Schluss der Anzeigenannahme: für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Das Ruhrgebiet vor der Katastrophe — Unruhen in Frankfurt a. M.

Erklärung

Durch die Berichte verschiedener Zeitungen so wohl, als durch Übermittlungen von Person zu Person ist in weiten Kreisen der Verdacht gegen den unterzeichneten Ausschuss erwacht worden, daß seinerseits oder durch einzelne Mitglieder mit Vertretern der Alliierten über die Frage der Westdeutschen Republik verhandelt worden sei.

Wir erklären demgegenüber folgendes:
Keiner der unterzeichneten Ausschüsse, noch eines seiner Mitglieder, noch irgend Jemand, der uns nahe stünde, hat mit irgend einem Vertreter der Alliierten irgendwas verhandelt.

Es ist lediglich folgendes geschehen:

Dieselbe Erklärung, die wir bei der Deutschen und Preussischen Nationalversammlung zwecks Herbeiführung einer Volksabstimmung eingereicht haben, ist den Alliierten als Bekundung unseres deutschen Standpunktes durch Boten übermittelt worden, und zwar durch Abgabe auf den Kommandanturen Köln, Koblenz und Mainz.

Der Ausschuss für eine Volksabstimmung zur Errichtung der Westdeutschen Republik

Die Gegner der Westdeutschen Republik

Das gestrige Morgenblatt des „Wiesb. Tagbl.“ (1. April, Nr. 145) enthält unter der Überschrift: „Eine Aufforderung Dr. Stier-Somlos“ Teile des aus dem Zusammenhang herausgerissenen Schlusses einer Erklärung, die in der uns erst jetzt zugangenen Nr. 243 der „R. V.“ abgedruckt ist. Dr. Stier-Somlos ist, wenn er annimmt, der Kölner Ausschuss habe sich aufgelöst, nachdem seine Mitteilung erledigt war. — Zur Ergänzung der Richtigungen des „Wiesb. Tagbl.“ bringen wir nachstehend den Zusammenhang der Erklärung Dr. Stier-Somlos, der ihr bezeichnender, dem „Wiesb. Tagbl.“ aber offensichtlich nicht passende Ausführungen enthält. Dr. Stier-Somlos schreibt:

„Landau, Landau wird die Frage der Westdeutschen Republik seit Wochen erörtert. Aber verdammt, wenn man ruhigen Herzes einen sachlichen Betrachtung des Strom der Meinungen zu betrachten, der in der Weichsel-Dal vorüberzieht, könnte man nicht bekräftigen, wie sehr Parteimäßig und konfessionelle Vorurteile die Angelegenheit verunreinigen. Es spielen dabei sehr stark mit, Sympathien und Antipathien für und gegen die — mir allerdings vollständig fernstehenden — Männer des Zentrums, die nach der Annahme weiter Kreise bereits vor der Nationalversammlung vom 4. Dezember 1918 den Plan einer Westdeutschen Republik hatten oder gar fördern und gegen die Verhändler der legitimierten Nationalversammlung selbst. Ich betone ausdrücklich, daß ich mit diesen Behauptungen und Verurteilungen niemals irgend etwas zu tun habe. In der Kalina-Veranstaltung vom 10. März d. J. habe ich auf den am mich herangeführten Wunsch einiger Herren lediglich die sozialistischen Besorgnisse einer Westdeutschen Republik beleuchtet und vollkommen objektiv und überpartei-mäßig ausgeführt, daß die amtliche Denkschrift zum ersten Entwurf der künftigen Reichsverfassung § 11, das Westdeutsche Preussens in seinem bisherigen Bestande innerhalb des Deutschen Reiches, als ein Staat mit einer politischen, politischen und wirtschaftlichen Unmöglichkeit“ erklärt und angegeben hat, daß „ein einheitliches Preussen in Deutschland unmöglich geworden ist“. Dem entspricht die Fassung des ersten Entwurfs der Reichsverfassung im Art. 11, Abs. 1:

„Dem deutschen Lande steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Reichsteile innerhalb des Reiches zu erschaffen, soweit die Grenzen durch die Bevölkerung, die wirtschaftlichen Ver-

hältnisse und geschichtliche Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Reichsteile Preussens sollen mindestens zwei Millionen Einwohner umfassen.“

Dieselben Standpunkte haben sehr viele Vaterlandsfreunde, z. B. Herr v. Batocki, nicht zuletzt der Reichsversammlung der Nationalversammlung in ihrem Bericht zu Artikel 15 der Reichsverfassung eingenommen. Demgegenüber hat der Reichsminister Dr. Freund jüngst in der Preussischen Nationalversammlung erklärt, er sei gegen Versuche gerichtet und bedraue eine Verengung des Reiches. Diejenigen also, die für den Fall der Notwendigkeit einer Wiedervereinigung in Einzelrepubliken, der Bevölkerung das Recht geben wollen, sich über die Abgrenzung der Einzelstaaten zu äußern, haben in der Nationalversammlung anscheinend die Oberhand.

Trotzdem will der Verdacht und die Verleumdung nicht verschwinden, als ob es sich um eine heimliche Kade handelte, daß das Streben auf einen „Rein- oder Völkern Staat“ gehe. Auch die Sozialdemokratie bekämpft aus Gründen, die mit der Durchführung ihrer Ideen in einem großen Deutschland zusammenhängen, den Gedanken der Westdeutschen Republik mit allen Mitteln. Der Vorwurf der sozialistischen, überhaupt materialistischen Interessen und Motive ist demnach auch nicht unbegründet. Dazu kommen dann die eigenen bürgerlichen Parteien, die Verleumdungen hinsichtlich der Wiedervereinigung eines neuen Staates als ein „Rein- oder Völkern Staat“ aus unpolitischen, interparteilichen, teils aus allgemeinen auslandspolitischen Gründen Gegner sind.

Ich war und bin der Überzeugung, daß, wenn es gelingen würde, die gesamte Bevölkerung der rheinischen Lande nach vorwiegend sozialen zu einer geschlossenen, alle Parteien umfassenden Kampfbewegung gegen die uns drohenden außenpolitischen Gefahren unter der Leitung der Sozialdemokratie, zum einen durch den Kampf und zu dem anderen, wirtschaftlichen und geistigen Freiheit — dies allein und niemals etwas anderes habe ich gewollt, gesagt und geschrieben — zusammenzuführen, in diese das Reich eine Wiedervereinigung nicht verlore. Eine Sozialdemokratie hat sich nicht erfüllt. In die Wiedervereinigung geworfen, ob alle Parteien sich zu einem westdeutschen Staat bekennen wollen, der ein Teil des Deutschlands in den Grenzgebieten sein soll, hat niemand den Anlaß zu irgendeinem inneren Streit gegeben.

Vor der Katastrophe

Essen, 31. März. Eine von dem Reich der sogenannten Ruhrkommission bisher einkaufende Delegiertenkonferenz revolutionärer Bergarbeiter, auf der 475 Delegierte von 125 Schichtanlagen vertreten waren, beschloß unter dem Namen Allgemeine Bergarbeiterunion einen Zusammenschluß der Bergarbeiterkräfte. Den ersten Organisationsakt sollen die Beiträge gesammelt werden. Es wurde ein Zentralausschuss, der die Aufgaben der Ruhrkommission übernehmen und den Entwurf einer neuen Organisation ausarbeiten soll, gebildet. Die Konferenz beschloß ferner, am Dienstag in den Generalkongress einzutreten und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die angekündigten Forderungen u. a. Einführung der Sechsstundenarbeit ohne Lohnverlängerung, 2 Prozent Lohnerhöhung, Auflösung der Regierungstruppen, Entlassung der Polizei, Anerkennung des Räuberbundes, Aufnahme der Besatzungen zur sozialistischen Arbeiterregierung, Freilassung der politischen Gefangenen, sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, erfüllt sind.

Bei der neuen Generalkongressandienung im Ruhrgebiet ist zu beachten, daß der Essener Beschluß von den Delegierten der sogenannten revolutionären Arbeiter gefolgt worden ist, also von dem Teil der Bergleute, die, offen im sozialistischen Fahrwasser stehend, insbesondere auf den Zusammenbruch unter Kohlen und anderen Volkswirtschaft einwirken. Unverzüglich verurteilt ein großer Teil der Bergarbeiterkräfte den Plan eines neuen Generalkongresses als schädlich, denn die Kohlen würden sich doch zunächst im Industriegebiet absetzen, dessen Kohlenmangel durch die mit Kohle zu bezahlenden ausländischen Lebensmitteln gehindert werden soll. Immerhin, es wäre nicht ohne Interesse, daß der sozialistische Terror über die bessere Zukunft stehe, und so muß denn die durch den Essener Beschluß geschaffene Lage als sehr ernst bezeichnet werden. Was sie im besonderen kennzeichnet, ist außer den von den Streikkräften angeführten übernatürlichen wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Beschluß, eine neue Bergarbeiterunion zu bilden und den alten Organisationen die Beiträge zu zahlen. Das bedeutet den entscheidenden Kampf gegen die Gewerkschaften, die getrümmert und durch die Räte ersetzt werden sollen. Die Arbeiter werden nunmehr zu jenen haben, ob sie unter Preisgabe ihrer bewährten Verbände eine Führerschaft anerkennen wollen, die nach früheren eigenen Angehörigen nicht weiter existiert als die Verhinderung unserer wirtschaftlichen Fundamente.

Verhängung des Belagerungszustandes

Berlin, 1. April. Die Reichsregierung erteilt einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen: Die Bergarbeiterkraft hat über den Kopf der besetzten Vertretung hinweg eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter berufen und will am 1. April von neuem in den Generalkongress treten. Das würde das Ende der deutschen Republik, die Anarchie und den Zusammenbruch unseres Ernährungssystems bedeuten. Die Anstalten der Kohlenförderung würden die Stilllegung aller Industrie im Gefolge haben. Die Lebensmittelversorgung mit Industrieerzeugnissen und mit Hilfe von Kohlenanfuhr besetzt werden. Die Reichsregierung hält an den Abmachungen vom Februar fest.

denn es ist keine Verwaltung möglich, wenn grundsätzliche Vereinbarungen alsbald wieder umgehoben werden. Deshalb hat die Reichsregierung die Verhängung des Belagerungszustandes beschlossen und die Regierungstruppen rufen in das Gebiet ein, um die Arbeitswilligen zu schützen. Für die Arbeitswilligen werden besondere Nahrungsmittelverteilungen vorgegeben. Der Erfolg ist von sämtlichen Mitgliedern der Reichsregierung unterzeichnet.

Die Reichsregierung hat zusammen mit der preussischen Regierung beschlossen, über das Ruhrgebiet wieder den Belagerungszustand zu verhängen. Die Regierungstruppen rufen in das Gebiet ein, um die Arbeiter und die Betriebsanlagen vor dem Terror zu schützen. Der Reichsminister wird entsprechend den Bräuterei Forderungen der Alliierten an das Streikgebiet kein Pfund der eingeführten Lebensmittel abliefern lassen. Der Reichsarbeitsminister wird keinerlei Verhandlungen für Streikkräften aufnehmen. Dagegen sollen den Arbeitern diejenigen Lebensmittel, auf denen nach der 75-Stunden-Schicht gearbeitet wird, besondere Schutzmaßnahmen zugehen, die mit dem Belagerungszustand übereinstimmen. Die Reichsregierung muß unser Volk am Leben erhalten und darf die Republik nicht dem tödlichen Terror und nicht einem Stand anliefern. Alles für den, der arbeitet, nicht für den, der jetzt streikt. Sonst gibt es für Deutschland keine Rettung mehr.

Rückgang der Kohlenförderung

Essen, 31. März. Es kann nicht oft genug und nicht nachdrücklich genug auf den erschreckenden Tiefstand hingewiesen werden, den die Kohlenförderung im Ruhrgebiet zurzeit erreicht hat. Während sie sich im Durchschnitt in den Monaten Juli bis Oktober d. J. auf 8.45 Millionen Tonnen hielt, ging sie im November auf 6.25 und im Dezember auf 5.75 Millionen Tonnen zurück. Im Januar war es eine kleine Erhöhung auf 6.25 Millionen Tonnen eingetreten, der jedoch im Februar wieder ein Abfall auf 5.4 Millionen Tonnen folgte. Der Rückgang im November war zum Teil durch die Verminderung der Belegschaft infolge der Entlassung der Kriegsgefangenen bedingt. Im Dezember nahm die Belegschaft zu und hatte ihre aufsteigende Entwicklung im Januar und Februar fort, so daß sie im letzten Monat mit 400.000 gleich 4.8 Prozent hinter den Stand im Oktober zurückfiel. Dagegen war das Förderungsergebnis um drei Millionen Tonnen gleich 35 Prozent kleiner als im Oktober. Damit wird die Förderung nicht einmal ihren Tiefstand erreicht haben, wenn die Bewegung zur Entlassung der Kriegsgefangenen, die auf einigen Schächten im westlichen Teile des Bergbaubereichs bereits ergriffen worden ist, weiter um sich greift. Eine Schichtarbeiterliste einschließlich Ein- und Ausfahrt, wie gefordert, hätte eine Verknüpfung der Arbeit um annähernd ein Drittel zu bedeuten und würde daher auf das Förderungsergebnis einen geradezu katastrophalen Einfluss ausüben. Wie sehr auch der Bedarf des eigenen Wirtschaftslebens an Kohle zurückgegangen ist, würde alsdann nicht einmal die zur Deckung dieses Bedarfs erforderliche Menge zur Verfügung stehen, geschweige denn, daß wir Kohle für den Verkehr ins Ausland frei hätten.

Dugo Stinnes

Essen, 31. März. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet, wird der Großindustrielle Dugo Stinnes seinen Wohnsitz von Mülheim-Ruhr in das neutrale Ausland verlegen.

Unruhen in Frankfurt

Das Gerichtsgebäude in Mommen

Frankfurt a. M., 1. April. Nachdem bereits gestern vormittags kleinere Unruhen im Gerichtsgebäude stattgefunden hatten, ereigneten sich am Nachmittag und Abend erste Unruhen. Nach einem Umzug von etwa 700 Personen wurde die Sicherheitswache ausgerufen und zwei Polizeireviere wurden erteilt. Die Wohnung eines Kommissars wurde verbrannt und geplündert. Dann zog die Menge zum Gerichtsgebäude und ließ die Gefangenen frei. In das Gerichtsgebäude wurde Feuer gelegt, das in den ersten Stockwerken noch nicht gelöscht war. Die Räte hatten sich verdrängt. Bei den Kämpfen, die sich an die Vorgänge angeschlossen, hörte man Schüsse und Schreie. Die Zahl der Toten und Verwundeten ließ sich noch nicht feststellen.

Lebensmittelverteilung in Frankfurt

Frankfurt a. M., 1. März. Etwa 1000, im Oktober mit Nahrungsmitteln beschaffte Leute, zogen gestern zum Lebensmittelamt, um wegen der ungenügenden Ernährung zu demonstrieren und Druck auszuüben. Während eine Kommission mit dem Direktor des Amtes verhandelte, hielten die Arbeiter in das Gebäude und konnten nur mit Mühe zurückgewichen werden. Ein Teil der Demonstranten, etwa 500 Personen, zog zu der Wohnung des Oberbürgermeisters und ließ dort durch eine Abordnung nach Lebensmittel suchen. Die in der Wohnung vorgelagerten Lebensmittel wurden in Körben herabgelassen und schließlich durch Mistrofen in einem Straßengraben nach dem Polizeivordamm gebracht.

Generalkongress in Stuttgart

Stuttgart, 31. März. Der schon lange angekündigte, immer wieder aufgeschobene Generalkongress ist heute ausgeschrieben. Am 9 Uhr haben in Stuttgart die Arbeiter der Firma Bosch u. Glöckner, in Unterharmheim die Arbeiter der Glöcknerwerke die Arbeit niedergelegt. Viele zogen vor, nach Hause zu gehen, während sich andere auf verschiedenen Plätzen der Stadt und die Glöckner-Arbeiter auf den Cannstatter Böden versammelten und durch ihre Redner folgende Forderungen ausließen: 1. Freilassung der politischen Inhaftierten, 2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbots von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel, 3. Einstellung der anlässlich des Januarstreiks ge-

Memorien des Herrn v. Tirpitz

Berlin, 1. April. Auch Tirpitz schreibt, wie er in der Presse mitteilen läßt, Memorien. Seit Oktober v. J. über damit beschäftigt. Er denkt bis Anfang Mai seine Arbeit zu beenden.

maßregeln Genossen, 4. Sofortige Neuwahl der Räte auf revolutionärer Grundlage. Um 10 Uhr wurde, wie man hört, der Telefonverkehr in einem Umkreis von 50 Kilometern und in Stuttgart selbst gestoppt. Gegen mittig hörte der Straßenbahnverkehr auf. Im übrigen herrschte in den Straßen Stuttgarts sehr lebhafter Verkehr, der sich bis in ruhigen Bahnen bremst. Vor den Lebensmittelgeschäften, vor allem den Metzgereien und Bäckereien, bildeten sich in den frühen Stunden wieder lange Reihen Kaufleute. Eine große Anzahl der Läden ist geschlossen. In den Kaffeehäusern und öffentlichen Betrieben, bei der Post und Bahn, wird gearbeitet. Die Wasserleitung und das Gaswerk sind im Betrieb.

Verzinsung von Württemberg und Baden?

Berlin, 31. März. Dem Berliner Lokal-Anzeiger zufolge sind Verhandlungen im Gange, Württemberg und Baden zu vereinigen. Es sollen bereits in Weimar Besprechungen zwischen den Parlamentariern aller Richtungen dieser beiden Staaten mit ihren Regierungen stattgefunden haben. Die Verhandlungen sollen einen durchaus günstigen Verlauf nehmen.

Tschernbach belacht Wien

Berlin, 31. März. Die „N. Z. am Mittag“ meldet: Der Präsident der Nationalversammlung, Tschernbach, beschließt, während der Osterferien in seiner amtlichen Eigenschaft einen Besuch in Wien zu machen, um mit den maßgebenden politischen Kreisen in verständlicher Rührung zu treten. Eine Anzahl weiblicher Mitglie der der Nationalversammlung soll sich heute oder in den nächsten Tagen nach Wien begeben, um mit der Fraueneruppe in der österreichischen Nationalversammlung und mit den großen Frauenverbänden persönliche Beziehungen anzuknüpfen.

Im Dazig

Berlin, 31. März. Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung anlässlich der Forderung des Reichstags noch neuen Verhandlungen in der Danziger Frage beschlossen, die Traktionsführer der Nationalversammlung auf Mittwoch, den 2. April, nach Berlin zu berufen. Sie sollen ebenso wie bei den bisherigen Sitzungen in der Danziger Frage mit den Vertretern der Nationalversammlung verhandeln, damit die enge Zusammenarbeit zwischen Kabinett und Parteien gewährleistet wird.

Die deutsche Finanzabordnung

Berlin, 31. März. Die Mitglieder der deutschen Finanzabordnung werden heute abend von Eva nach Amiens abreisen.

Lebensmittel für das britische besetzte Gebiet

Berlin, 31. März. Die britische Militärbehörde hat, wie die Internationale Telegraphen-Agentur erfährt, beschlossen, alsbald mit Lieferung von Lebensmitteln aus verfügbaren Devisenbeständen an die Bevölkerung des britisch besetzten Gebietes vorzugehen. Die Verteilung soll noch in dieser Woche beginnen. Die Versorgung wird aus Rindfleisch, Fleisch mit Gemüse, Bohnen mit Schweinefleisch, sowie aus Zwieback bestehen. Die britische Militärbehörde hofft, davon pro Kopf und Woche bis zu einem Kilogramm verteilen zu können. Außerdem ist eine große Lieferung von Kartoffeln unterwegs, deren Verteilung die genannte Behörde in nächster Woche beginnen zu können hofft. Die Verteilung der Lebensmittel erfolgt durch den Regierungspräsidenten in Köln an die gesamten Kommunalverbände des britisch besetzten Gebietes.

Kartoffellieferungen für Deutschland

Haag, 31. März. Angesichts der schweren Notlage der deutschen Bevölkerung hat die holländische Regierung 8000 Tonnas Kartoffeln zur sofortigen Ausfuhr nach Deutschland freigegeben.

Arzt v. Jedlich-Kentrich

Berlin, 31. März. Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, ist der bekannte Parlamentarier Otto v. Jedlich-Kentrich v. Jedlich-Kentrich nach längerem Krankenlager gestorben.

Mit dem Freiherrn v. Jedlich, dem langjährigen Führer der freikonservativen Fraktion des ehemaligen preussischen Abgeordnetenhauses, in eine Persönlichkeit dahingegangen, die in ihrem Leben und Wirken an der Vorkämpferin des politischen Lebens gehörte und deren Name mit vielen der großen Ereignisse in der parlamentarischen Geschichte der letzten Jahrzehnte dauernd verbunden ist. In ungebrochener Kraft und mit einer bewundernswürdigen Beharrlichkeit des Geistes und des Körpers hat er bis in die letzten Tage seines arbeitsreichen Lebens seine Erfahrungen und sein Wissen in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Er wurde am 6. Dezember 1840 in Glatz geboren, nahm 1866 als Offizier beim 4. Infanterieregiment am Feldzug teil und wurde bei Königgrätz, bei der Verteidigung der Standarte des Regiments, schwer verwundet. 1868 begann er seine kausale Laufbahn als Land-

rat des Kreises Sagan. Im Feldzug 1870/71 hatte er als Unteroffizier den Platz St. Quentin zu verteidigen. Die ungewöhnliche Begabung des Freiherrn v. Jedlich entfaltete sich nicht. Er bezieht ihn 1874 als Hilfsarbeiter in das Reichsfinanzministerium. 1876 kam Jedlich ins preussische Finanzministerium, und 1881 erfolgte seine Ernennung zum Vortragenden Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dem er bis 1899 angehörte. In diesem Jahre schied er aus dem Staatsdienst, um als Präsident der Seehandlung sich uneingeschränkt der freien politischen Tätigkeit widmen zu können. Seit 1876 gehörte er bis zur Revolution dem preussischen Abgeordnetenhaus an, in dem er eine vielseitige und einflussreiche Tätigkeit entfaltete. Durch das von ihm ausgearbeitete Gesetz vom 26. März 1890 ebnete er der späteren Reichsversammlung die Wege. Freiherr v. Jedlich war ein fruchtbarer und anregungsreicher Schriftsteller. Es ist besonders bemerkenswert, wie er sich auf die Neuordnung der Dinge einzusetzen wußte, so daß er wertvolle und zeitgemäße Beiträge zu den Gegenständen gab.

Sozialisierung der Presse

München, 31. März. Zur Erörterung der Frage der Sozialisierung der bayerischen Presse kamen, wie angekündigt, auf Veranstaltung des Zentralvereins der bayerischen Pressevertreter des Landtags und des Schriftstellers sowie der Journalisten und technischen Angehörigen des Zeitungswesens im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammen, wobei der Leiter des neuen Zentralvereins, Dr. Reuther, die Notwendigkeit der Sozialisierung der bayerischen Presse darlegte. Es soll zunächst den Presseorganisationen überlassen werden, mit eigenen Reformvorstellungen hervorzutreten.

Die Deutschen in Ungarn

Berlin, 31. März. Nach den politischen Parlamentarischen Nachrichten hat der deutsche Vertreter in Budapest wegen der ungünstigen Lage und wegen der drohenden Plünderungen den in Ungarn befindlichen Deutschen empfohlen, das Land zu verlassen.

Vorbereitungen für den Vorfrühling

Paris, 31. März. Der Minister des Auswärtigen der Großmacht werden erst am Dienstag wieder zusammenzutreten. Der Generalsekretär der Konferenz, Duta, begab sich nach Versailles, um Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Vorfrühlings zu treffen.

Beamten-Ausfälle im Reich

Berlin, 31. März. Wie die „Post-Vorfrühling“ hören, wird in der Reichsregierung schon für Frühling in Aussicht genommen ist, auch im Reich die Bildung von Beamten-Ausfällen in allerhöchster Zeit durchgeführt werden.

Berlin, 31. März. Im Amurgebiet kam es zu erneuten heftigen Kämpfen. In der Gegend von Verkhodan fand eine einseitige Schlacht statt, bei der sich die Bolschewiken mit Verlusten von ungefähr 200 Toten zurückzogen. Die Japaner hatten 12 Tote.

Berlin, 31. März. Das Internationale Rot Kreuz erhielt vom amerikanischen Hauptquartier die Nachricht, daß die Heimkehr aller solcher Kranken und verwundeten Deutschen erfolgt, die dauernd militärisch untauglich oder unfähig sind, innerhalb zweier Monate müßige Arbeit zu verrichten.

Die Lage der deutschen chemischen Industrie

Das „höchste Kreisblatt“ bringt eine Darstellung über die Lage der chemischen Industrie und die Rohstoffe. Die Darstellung geschieht naturgemäß in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Interessen der Stadt Höchst. Trotzdem sind die einzelnen Gesichtspunkte bedeutsam nicht nur für Höchst, sondern für Nassau wie das ganze Reich. Wir geben darum die Ausführungen im Wortlaut wieder.

Die Stadt Höchst befindet sich seit Jahrzehnten in einer bedauerndsten allerdingen finanziellen Lage, dadurch, daß die Rohstoffe infolge ihrer glänzenden Entwicklung und ebenso die bei den Rohstoffen Angehörigen, oder die mit dem Unternehmen zusammenarbeitenden Geschäftsführer, die erhöhte Steuern zu zahlen in der Lage waren. Trotz des verhältnismäßig niedrigen Steuerfußes war es der Stadt Höchst infolgedessen möglich, recht ansehnliche Reserven anzuhäufen, die es gestatteten, selbst während der Kriegszeit, als überall die Steuerlasten ungeheuer in die Höhe schossen, bei dem sehr hohen Steuerfuß von 130 Prozent der Staatssteuer zu verbleiben. Eine solche vorzügliche Finanzpolitik war aber auch für unsere Stadtverwaltung ein unbedingtes Erfordernis. Die Lage der Stadt war unangenehm, wie die eines Mannes, welcher sein Vermögen in Industrie- und Rohstoffen angelegt hat, wenn er dabei auch gleichzeitig höhere Einnahmen hat, als er etwa aus Staatspapieren ziehen würde, so muß er doch stets mit einem erheblichen höheren Risiko rechnen, das ein eventueller Rückschlag in der Industrie für ihn bedeutet.

Die Rohstoffe haben mehr als die Hälfte der gesamten hier eingehenden Steuern (Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer und dergl.) bezahlt. Weitere 30 Prozent wurden von den Angehörigen der Rohstoffe aufgebracht. Diese Verhältnisse zeigen, in wie weitgehender finanzieller Abhängigkeit die Stadt von dem Ergebnis der chemischen Industrie sich befindet und wie weit ungeheure Schwierigkeiten entstehen müssen, wenn einmal für die Industrie schlimme Zeiten kommen; leider müssen wir feststellen, daß diese schlimmen Zeiten nicht erst kommen werden, sondern daß wir uns bereits mitten darin befinden und zwar in einem Maßstab, das es wohl jetzt schon an der Zeit ist, die Lage einer ernstlichen Betrachtung zu unterziehen.

Der deutschen chemischen Industrie und insbesondere der Rohstoff-Industrie war es in der letzten Zeit, außerordentlich gelungen, eine geradezu beherrschende Stellung auf der ganzen Welt zu erringen. Neben der deutschen, spielte nur noch die schweizerische Rohstoff-Industrie eine Rolle. Ständig neue Erfindungen, welche durch die Arbeit der in den deutschen Rohstoff-Fabriken beschäftigten Chemiker bewirkt wurden, wie z. B. die Erfindung des synthetischen Indigos, haben der deutschen Industrie einen solchen Vorsprung, daß das Ausland kaum daran dachte, in einen Konkurrenzkampf einzutreten. Daraus kam die außerordentlich intensive Bearbeitung des Weltmarktes durch die technischen und kaufmännischen Reisenden, sowie durch Gründungen von Filial-Fabriken und Zweigbetrieben. So kam es, daß Deutschland den bei weitem größten Teil des Weltbedarfes an Rohstoffen deckte und daß von der deutschen Produktion mehr als 80 Prozent ins Ausland gingen; hundert von Millionen Mark wurden so der deutschen Volkswirtschaft aus dem Ausland zugeführt.

Als im Jahre 1914 der Krieg ausbrach und das gesamte Ausland von der deutschen Rohstoff-Fuhr abgeschnitten war, entstand daraus anfangs für die heimische Industrie und zum Teil auch für die neutralen Länder eine recht schwierige Lage. Rohstoffe waren es aber, wenn unsere Behörden bei der längeren Dauer des Krieges glaubten, durch Verhinderung der Ausfuhr der Rohstoffe das gegenwärtige Wirtschaftsgeschehen zu steuern, daß darin ein wirksames Konsummittel gegenüber dem Ausland gesehen wurde. Zum mindesten hatte, als der Krieg sich länger hinzog, als man anfangs erwartete, die Unterbindung der Rohstoffausfuhr weitestgehend aufgehoben werden müssen; infolge einer außerordentlichen Ueberwälzung der Leistungen der deutschen Industrie und einer entsprechenden Unterhaltung der ausländischen Chemiker ist dies nicht geschehen und die natürliche Folge war die, daß das Ausland mit allen Mitteln versuchte, sich von der deutschen Rohstoff-Industrie dauernd unabhängig zu machen. In England, Frankreich und Japan und insbesondere in Amerika sind im Laufe der Kriegszeit mit einem Aufwand von vielen hundert Millionen Mark Rohstoff-Fabriken gegründet worden und auch die Schweiz, welche mit ihren Rohstoffmaterialien vor dem Kriege ganz von Deutschland abhängig war, hat die Gelegenheit benutzt, sich möglichst selbständig zu machen. Zweifellos liegt in den großen Erfolgen, welche die deutschen chemischen Fabriken angestrichelt haben, ein erheblicher Vorsprung vor der ausländischen Konkurrenz-Industrie, dessen Einholung nicht so leicht möglich sein wird. Allein unter dem Schutze von Wollen und Wolle, welche die Einfuhr deutscher Rohstoffe verbieten, kostete das Ausland, den vielleicht noch bestehenden Vorsprung der deutschen Industrie aufzuheben. Hierzu kommt weiterhin, daß die Fabriken der deutschen Rohstoff-Werke im Ausland enteignet und zu Hauptkonzentrationen der ausländischen Industrie geworden sind. Wenn man ferner bedenkt, daß die Summe deutschen Reiches und deutscher Wirtschaft wie sie durch die Patente dargestellt wird, während des Krieges vom Ausland übernommen und ausgebaut worden ist, so wird es wohl verständlich sein, daß die chemische Industrie des Auslandes die Konkurrenz unter Bedingungen aufnimmt, wie es früher nie möglich gewesen wäre.

Erschwerend kommen für die deutsche chemische Industrie weiterhin die inneren Verhältnisse in Betracht. Die Steuern aller Art, die auf das Welt-Beschäftigungsgelände der Rohstoffe, die enorme Steigerung der Arbeitslöhne und der Preise der Rohstoffe, sowie der Rückgang und teilweise Stillstand der Produktion haben die Weltwirtschaft auf das tiefste bis heute emporgeschoben.

Als hier allgemein bekannt ist, stehen die Rohstoffe vor allem wegen des Rohstoffmangels schon seit Mitte November fast vollständig still. Die Produktion beträgt kaum einige Prozent der vollen Leistungsfähigkeit, und der Verkauf steht so gut wie ganz. Demgegenüber erfordert die Rohstoffe für 10000 Arbeiter und Beamte sowie Vertriebsmaterialien aller Art, Veranlagung und Amortisationen täglich mehr als 200 000 Mark. Unter diesen Umständen ist mit einem außerordentlich hohen Rückgang der Steuerkraft der Rohstoffe in allerhöchster Zeit mit Verknüpfung zu rechnen und dies selbst zu einem Zeitpunkt, an welchem die Stadt höhere Steuerbeiträge notwendig hat als je. Die auf das Weltgeschäft abgelegenen Lasten der Stadt für Rohstoffe, Rohmaterialien und dergl. sowie die unbedingte erforderliche Durchführung einer energiegelben Weltwirtschaft erfordert Mittel, wie sie bei den bisherigen Steuerkraften und selbst bei einem Fortsetzen der Rohstoffe nur schwer aufgebracht werden können. Die außerordentlichen Lasten, welche durch die feindliche Besetzung sowie auch durch die Erwerbslosenunterstützungen entstehen, werden vom Reich wohl nur zu einem Teil vergütet werden. Hierzu kommt weiterhin, daß die Stadt eine Reihe von neuen Aufträgen zu erfüllen und außerdem die Konfiskation mit einem Aufwand von mehreren Millionen Mark durchzuführen hat. Die Rohstoffe werden daher im Laufe der nächsten Jahre vor finanziellen Fragen gestellt werden, wie sie selber auch nicht annähernd zu lösen waren.

Aus Vorstehendem ergibt sich, in wie weit besonderem Grade die Stadt Höchst a. M. an dem Ergebnis der chemischen Industrie praktisch interessiert ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es geboten, noch einige Worte zu der aktuellen Frage der Sozialisierung hinzuzufügen. Der Gedanke der Sozialisierung ist besonders auch im Hinblick auf die chemische Industrie erörtert worden, mit dem Hinweis darauf, daß es sich hier lediglich darum handelt, ein bereits bestehendes Monopol durch ein Staatsmonopol zu ersetzen. Diese Auflassung kann leicht zu einem Mißverständnis führen, da dadurch der Anschauung erweckt wird, als bestünde die Rohstoffindustrie tatsächlich eine nicht zu behebende Monopolstellung, wie sie etwa die Eisenbahn oder Post einnimmt. Aus dem oben Gesagten dürfte sich indessen ergeben, daß die Monopolstellung der deutschen chemischen Industrie niemals in dem angenommenen Maße existiert hat und daß sie gerade jetzt im Begriff ist, vollständig vernichtet zu werden. Ist die Rohstoffindustrie auf den deutschen Markt angewiesen, so ist sie gut wie erledigt. Sie wird verfallen müssen, ihre Stellung auf dem Weltmarkt in dem schärfsten Konkurrenzkampf, der je geführt wurde, ganz oder wenigstens zum Teil wieder zu erobern. Werden ihr hierbei bürokratische Schranken auferlegt, wie sie bei einem Staatsbetrieb nie vermieden werden können, so ist ihr Urteil gesprochen, zumal das Ausland wohl schwerlich einem deutschen Staatsbetrieb beim Wettbewerb mit anderen Kon-

tributen, und es erscheint wenig Aussicht, daß die in absehbarer Zeit eine Besserung eintreten. Wenn früher zu hoffen war, daß die deutsche Industrie durch ihren billigen Preis bei großer Güte in dieser Zeit den jetzigen Weltmarkt zurückgewinnen würde, ganz abgesehen davon, daß durch die Unterbindung jeglicher Ausfuhr und durch den Rohstoffmangel schon seit Monaten ein Abstieg in das Ausland nicht mehr möglich war.

Was vorstehend für die Rohstoff-Industrie ausgeführt wurde, trifft auch auf die Verhüllung von pharmazeutischen und photographischen Produkten in ähnlichem Umfang zu. Der deutsche Markt war, wie bereits oben erwähnt, nicht in der Lage, mehr als etwa ein Fünftel der gesamten deutschen Produktion an Rohstoffen und pharmazeutischen Produkten aufzunehmen. Falls der Weltmarkt auch nur zu einem wesentlichen Teile aus, so ist eine genügende Beschäftigung für die deutschen chemischen Fabriken nicht mehr vorhanden. Vielmehr wird die Auffassung geäußert, daß es der chemischen Industrie während des Krieges gelungen sei, außerordentliche Mehrgewinne zu erzielen, so daß sie jetzt auf lange Zeit hinaus allen finanziellen Anforderungen gewachsen sei. Das ist ein weitestgehendes Irrtum. Wie wir aus den oben und von den höchsten Rohstoffen zur Verfügung gestellten Zahlen entnehmen konnten, haben diese in den ersten beiden Kriegsjahren keinen Mehr, sondern einen erheblichen Mindergewinn gehabt, welcher erst im dritten Kriegsjahre wieder aufgehoben wurde. Das vierte und das fünfte Kriegsjahr haben zwar einen Mehrertrag gebracht, von welchem indes an Kriegsgewinnsteuern und Einkommensteuern 75 bis 80 Proz. zur Abfertigung kommen bzw. kommen werden, so daß nur ein verhältnismäßig kleiner Mehrertrag verbleibt, welcher noch nicht ausreicht, um die Löhne und Gehälter eines einzigen Monats zu decken.

Wie hier allgemein bekannt ist, stehen die Rohstoffe vor allem wegen des Rohstoffmangels schon seit Mitte November fast vollständig still. Die Produktion beträgt kaum einige Prozent der vollen Leistungsfähigkeit, und der Verkauf steht so gut wie ganz. Demgegenüber erfordert die Rohstoffe für 10000 Arbeiter und Beamte sowie Vertriebsmaterialien aller Art, Veranlagung und Amortisationen täglich mehr als 200 000 Mark. Unter diesen Umständen ist mit einem außerordentlich hohen Rückgang der Steuerkraft der Rohstoffe in allerhöchster Zeit mit Verknüpfung zu rechnen und dies selbst zu einem Zeitpunkt, an welchem die Stadt höhere Steuerbeiträge notwendig hat als je. Die auf das Weltgeschäft abgelegenen Lasten der Stadt für Rohstoffe, Rohmaterialien und dergl. sowie die unbedingte erforderliche Durchführung einer energiegelben Weltwirtschaft erfordert Mittel, wie sie bei den bisherigen Steuerkraften und selbst bei einem Fortsetzen der Rohstoffe nur schwer aufgebracht werden können. Die außerordentlichen Lasten, welche durch die feindliche Besetzung sowie auch durch die Erwerbslosenunterstützungen entstehen, werden vom Reich wohl nur zu einem Teil vergütet werden. Hierzu kommt weiterhin, daß die Stadt eine Reihe von neuen Aufträgen zu erfüllen und außerdem die Konfiskation mit einem Aufwand von mehreren Millionen Mark durchzuführen hat. Die Rohstoffe werden daher im Laufe der nächsten Jahre vor finanziellen Fragen gestellt werden, wie sie selber auch nicht annähernd zu lösen waren.

Aus Vorstehendem ergibt sich, in wie weit besonderem Grade die Stadt Höchst a. M. an dem Ergebnis der chemischen Industrie praktisch interessiert ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es geboten, noch einige Worte zu der aktuellen Frage der Sozialisierung hinzuzufügen. Der Gedanke der Sozialisierung ist besonders auch im Hinblick auf die chemische Industrie erörtert worden, mit dem Hinweis darauf, daß es sich hier lediglich darum handelt, ein bereits bestehendes Monopol durch ein Staatsmonopol zu ersetzen. Diese Auflassung kann leicht zu einem Mißverständnis führen, da dadurch der Anschauung erweckt wird, als bestünde die Rohstoffindustrie tatsächlich eine nicht zu behebende Monopolstellung, wie sie etwa die Eisenbahn oder Post einnimmt. Aus dem oben Gesagten dürfte sich indessen ergeben, daß die Monopolstellung der deutschen chemischen Industrie niemals in dem angenommenen Maße existiert hat und daß sie gerade jetzt im Begriff ist, vollständig vernichtet zu werden. Ist die Rohstoffindustrie auf den deutschen Markt angewiesen, so ist sie gut wie erledigt. Sie wird verfallen müssen, ihre Stellung auf dem Weltmarkt in dem schärfsten Konkurrenzkampf, der je geführt wurde, ganz oder wenigstens zum Teil wieder zu erobern. Werden ihr hierbei bürokratische Schranken auferlegt, wie sie bei einem Staatsbetrieb nie vermieden werden können, so ist ihr Urteil gesprochen, zumal das Ausland wohl schwerlich einem deutschen Staatsbetrieb beim Wettbewerb mit anderen Kon-

Sodomsäpfel

Original-Roman von Julie Gräfin Quadt

10) (Nachdruck verboten.)

Mit dem verräuchernden Karneval schwanden auch die Geldmittel mehr und mehr; es blieb Marina nichts übrig, als sich wieder um Arbeit an das bekannte Geschäft zu wenden. Die es Mal erfuhr sie keine Angelegenheiten wie beim ersten Versuch; bereitwillig und freudig wurde ihrem Wunsche willfahrt. Aber ein zweifelhafte, halb mittelbiger Bild der Arbeiterin freilich sie bei dem Einhandigen des ersten Auftrages, den sie sich nicht zu denken vermochte, der sie aber unangenehm verhielt.

Marina ging planlos durch die Straßen; es war ein grauer, stiller Nachmittag des Vorfrühlings, die Luft eigentlich zu lau und weich für die Jahreszeit. Weiter und weiter wanderte Marina. Oft war sie so im Wald; dabei geklärt, wenn es galt, irgend eine Schwärmerie, Phantasie, wie sie ihr häufig aus den Büchern aufgeglichen, auszutoben. Nun handelte es sich um keine derartige Träumerei. Eigentlich trug sie ein nicht zu stillendes Unbehagen spüren, eine ihr ganzes Leben umfassende Enttäuschung; aber das hatte sie sich selbst am „wenigsten“ eingegeben. Sie ging so rasch, daß sie schon nach einer Stunde die Stadt hinter sich ließ.

Wohlgelacht stand sie vor der Villa Doktor Adlers. Gedankenlos spazierte sie in den Garten; da erblickte sie die Frau Doktor und forberte sie freundlich auf, einzutreten. Es lag eigentlich zu viel Zurückhaltung in dem Charakter dieser Dame, um sich voreiligen Einladung ergeben zu lassen. Besonders da Marina sich wenig um die Familie bemühte, die zu den besten und gesuchtesten ihrer Kreise zählte. Auch wußte all das Gecebe über die junge Frau so gar nicht zu den Anschauungen und Gesinnungen, die hier vorherrschten. Inbegriffen, es handelte sich um ein gutes Werk.

Doktor Adler hatte schon voriges Jahr Worte der Sorge und des Bedauerns fallen lassen über die Mangelhaftigkeit des jungen Geschöpfes, dem sich der Gatte so gar nicht gewachsen zeigte. Wer wußte es, was alles in dieser frohen Natur schlummerte und ob überhaupt jemand versucht

hatte, deren verborgene Schätze zu heben?

Der Uebergang von dem einsamen Waldhause in das Weltgeräusch war ein so jäher gewesen. Von keiner kindigen Hand geführt und behütet, ahnte Marina wohl selbst kaum die Gefahren, welche sie umgaben. Die Mutter dachte an die eigenen Töchter, wie es ihr wohl zu Mut sein würde, wenn ihnen wohl schon wachende, schlafende Wege befanden worden wären.

Unwillkürlich hemmte Marina den Schritt, als sie die Tufen vor dem Hause erstiegen. Mit bürstigen, glänzenden Blicken nahm sie das weite, stille Landschaftsbild in sich auf, aber wieder halb unbewußt, wie längst vergessene Gewohnheiten hin und wieder auftauchen und uns ihr Augenblicke umfassen halten. So griff auch jetzt ein ihr unerklärbares Etwas an Marina's Inneres, wenn sie in das Wohnzimmer trat, dessen Atmosphäre doch weit ab von allen ihren Wünschen und Träumen lag.

Große Veränderungen waren hier seit dem verflornten Sommer vorgegangen. Bedenke, die zweite Tochter, hatte das Vaterhaus mit dem Kloster vertauscht, ein für Marina unbegreiflicher Schritt.

„Wie kann man sich hinter Klostermauern vergraben, wenn Jugend und Lebensgefühl zu Gebote stehen!“ rief sie empört.

„Wir gebären alle dem lieben Gott“, erwiderte die Mutter einfach, „da ist es natürlich, daß einzelne bevorzugte Menschen sich ihm ganz hingeben und weichen, schon zum Preise für die vielen, die seine Vaterliebe vergessen.“

Unwillig schüttelte Marina den schönen Kopf; die Antwort klang wie ein halber Vorwurf. Sie begann von den Winterbelustigungen zu erzählen, rasch, erregt, als fürchte sie eine andere Unterhaltung aufkommen zu lassen. Wohllich unterbrach sie sich selbst:

„Warum geht eigentlich Fräulein Margarethe nicht in die Welt? Ich traue sie nichts, was mich übrigens beleidigt, da sie meine Einladung nicht annahm.“

Frau Adler lächelte.

„Margarethe ist über diese Dinge hinaus. Sie machte die letzten Jahre einige Bergzüge mit; das genügt ihr.“

„Aber sie zählt sechs Monate weniger als ich;

da fängt ja das Leben erst an, schön zu werden.“

„Weißt, doch in einem höheren, besseren Sinn“, lautete die Antwort, „gerade heute haben wir die Verlobungsfarben herumgeschickt; auch Sie werden bei ihrer Heimkehr eine vorfinden.“

Dabei wurde ihr ahnungslos eine Kränze eingehängt, darauf stand: „Seine Verlobung mit Fräulein Margarethe Adler zeigt ergebenst an Bernhard Braun, praktischer Arzt.“

Einen Augenblick stimmerte es Marina vor den Augen; doch sie nahm sich zusammen. Sie wußten offenbar hier nichts von den früheren Beziehungen, wie sollten sie auch zu solcher Nachricht kommen?

„Ach so, ach so“, sagte sie endlich, „nun, da wünsche ich Glück. Aber bevor sich Fräulein Margarethe in meinem langweiligen Deinetisch vergräbt, wird sie gut tun, alle Unterhaltungslust ein für allemal abtun zu lassen.“

Alles lachte, weil man nichts Besseres zu tun wußte; am meisten die Braut, aber es geschah mit einer feinen Sicherheit, die jede Sorge über die Möglichkeit der Wahl im Keime erstickte.

„Mein Verlobter“, sagte sie dann, „befindet sich gar nicht mehr in H. Im November wurde er hier am großen Krankenhaus angestellt, wird nächsten Privatdozent und hat Aussicht, in absehbarer Zeit Professor zu werden.“

„Aber er wollte doch Stille und Nachsicht seines Vaters bleiben“, sagte Marina, „nun.“

„Sein Vater riet selbst zu der ihm angetragenen Stellung; Bernhard besitzt die richtige Befähigung zu einer glänzenden Laufbahn. Mehrstens hätte mich das Verbleiben angezogen; nur der Eltern und Verwandten wegen freute ich mich, hier zu bleiben.“

Marina räusperte das Mädchen.

„Ein eigener Beschluß“, mich trieb's hinaus in die weite Welt; um keinen Preis wäre ich in den altmodischen, alibadenen Verhältnissen geblieben.“

In diesem Augenblick kamen die Kinder aus der Schule; das Gespräch nahm eine andere Wendung; bald darauf empfing sich Marina.

Margarethe und Bernhard Verlobte, Bernhard hierher verlegt, auf dem Wege zu Ober- und Niederrhein, das wirbelte ihr im Kopfe herum, verlor sie in ihren Träumen, was

wollte sie eigentlich; was hatte sie gewollt; ...

Dah Bernhard ihr sein ganzes Leben nachtrauer, während sie daselbst zu genießen suchte? ...

Sie jetzt schüttelte sie jetzt den Gedanken an ihn mit Aerger ab. Wie hätte sie in seinen kleinen, alibadenen Verhältnissen glücklich werden können. Ja, niemals, wiederholte sie sich immer auf's Neue mit vergeblicher Energie.

In fieberhaftem Eifer arbeitete sie bis in den ganzen Tag; erst gegen Abend verließ sie das Haus. Dieses Mal verlor sie die entgegengesetzte Richtung, um ja nicht von unglücklich wieder an die Adlersche Villa zu gelangen. Sie ging noch keine zehn Minuten, da wußte sie tiefe, melodische Melodien aus ihrem Leben. Eine Waise Unbegriff drängte zu einer letzten Entschloß. Auch Marina ließ sich von dem Strom fortziehen; wie von unangenehm, fast mechanisch betrat sie die heilige Stätte. In vierstimmigen Männerchor sang es von der Dämon.

„Tu' auf, tu' auf, o Schloßberg! Gott will bei dir einkehren; Er hält dir vor all seinen Schreibern; Was ab, sein Leid zu mehren.“

Manches dauerte sie sich, manches Auge füllte sich mit Tränen, mancher Teufel der Sehnsucht und der Neugier stieg zu Gott empor. Auch Marina schaute, aber ohne Verinnerlichung riefen die Töne und Worte an ihr vorbei. Sie konnte ihre Gedanken nicht zum Gesetze sammeln und verließ die Kirche schon vor der Predigt.

Sie ging in die nächste Buchhandlung und kaufte sich den neuesten Roman. Sie wollte versuchen, ob es ihr nicht gelingen würde, sich wie früher mit der Fiktion des Wunders über ihre Enttäuschung, ihr wirkliches Entbehren hinwegzusetzen. Leider redete der Roman der Frauenemanzipation, der freien Liebe das Wort; der Mensch hat ein Recht auf Liebe; er darf und muß sich in derselben aufleben, hier es darin ausleben, genießen, so recht von Grund aus, welche Befriedigung ... dachte sie. Freilich die zehn Gebote standen daüber wie ehrene Schranken; aber man brauchte ja nicht bis zum Anker zu gehen. ... Es mußte doch erlaubt sein, das Glück zu suchen. In Schwanen und Unruh verging die Zeit; Marina war mehr als je auf sich selbst angewiesen.

